

Ein „progressiver innerer Entwicklungsprozess“ ... Zum Tode von Herbert Wolf – einem der Vordenker des NÖS

Judith Dellheim/Lutz Brangsch

Das Neue Ökonomische System des Sozialismus (NÖS) sollte dem Sozialismus in der DDR in den 1960er Jahren eine adäquate wirtschaftliche Basis verschaffen.¹ Unlängst, am 12. Januar, verstarb nun einer der Konstrukteure des NÖS, Herbert Wolf. Er forschte und lehrte ab Anfang der 1950er auf dem Gebiet der Volkswirtschaftslehre und Politischen Ökonomie und gestaltete die Wirtschaft der DDR vor allem in den 1960er Jahren im Rahmen seiner Tätigkeit in der Staatlichen Plankommission (SPK) wesentlich mit. Mit dem Abbruch des Reformprozesses 1971, einer „Palastrevolte hinter verhängten Fenstern“ (Wolf 1991: 41), wurde Wolf als Stellvertretender Vorsitzender der Staatlichen Plankommission abgelöst und auf einem Professorenposten kaltgestellt. Er trat kaum noch öffentlich in Erscheinung, spielte aber als Wissenschaftler und Hochschullehrer an der Hochschule für Ökonomie in Berlin eine wichtige Rolle. Anfang der 1990er Jahre engagierte er sich dann bei der kritischen Aufarbeitung der Wirtschaftspolitik der DDR. So war er für die PDS in der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur“ tätig. Ihm verdanken wir auch eine der ersten umfassenden linken Kritiken der DDR-Wirtschaftspolitik, die im Jahr 1991 in einem „Sozialismus extra“ erschien. (Wolf 1991)

Die Begrenztheit des Begriffes „Reform“

In den seitdem vergangenen mehr als 30 Jahren wurde eine Vielzahl von Arbeiten in dieser Richtung publiziert, erinnert sei hier z.B. an die von Klaus Steinitz verantworteten Publikationen im VSA Verlag, an die Arbeiten des Wirtschaftshistorikers Jörg Roesler oder an den Sammelband „Ulbrichts Reformen: das Neue Ökonomische System – eine verpasste Chance der DDR?“. (Lieberam et al. 2015) Dennoch bleiben viele Fragen. Allein schon der Begriff „Reform“ ist wenig eindeutig, legt er doch nahe, dass die Reform ein Ende haben müsste. Sie erhält damit etwas Außerordentliches, den Mythos einer großen Kraftanstrengung, die entscheidende Probleme zum Verschwinden bringt. Die Singularitätszentriertheit hat ihre Tücke: sie lässt leicht übersehen, welche Elemente der Vorhaben bleiben und welche im Hintergrund weiterwirken. Überhaupt leben Reformen in der Rezeption eher von den Erinnerungen ihrer späteren Deuter*innen als von ihrem Eigenleben. Dieses Eigenleben ist aber das Wichtige, worauf sich die Kritik konzentrieren muss.

¹ Das am 15. Juli 1963 beschlossene NÖS oder NÖSPL (Neues Ökonomisches System der Planung und Leitung) sollte die Betriebe zu mehr wirtschaftlicher Initiative und Effektivitätssteigerung stimulieren und die zentralen und dezentralen Planungs- und Leitungsprozesse so qualifizieren, dass die Wirtschaftskraft der DDR kontinuierlich zunehmen konnte.

So zeigt sich bei Herbert Wolf eine vielleicht überraschende Klammer, die dazu provoziert, den Blickwinkel auf gesellschaftliche Veränderungen zu überprüfen. Im Jahre 1966 charakterisiert Wolf das neue ökonomische System als ‚progressiven inneren Entwicklungsprozess‘, nicht einfach als Reform. (Wolf 1966: 729) Aus seiner Sicht sei es eine „dürftige Vereinfachung des Problems“, wenn man von der Wahl zwischen zwei Modellen, dem „zentral-administrativen“ und dem „dezentral-marktwirtschaftlichen“ spreche. Beides seien zwei „gleichermaßen untaugliche Lösungswege“ für die Probleme, die beim Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft entstünden. (ebd.: 732) Diesen Gedanken wiederholt er 1991. Wolf schreibt, dass das „damalige Vorgehen ... weder von den sich hierfür positiv Engagierenden noch von deren Gegnern als eine „Reformbewegung“ verstanden“ wurde. Und er setzt fort: „Man fasste das vielmehr als einen Entwicklungsprozess auf, etwa ähnlich wie es in der Biologie niemandem einfallen würde, den Übergang vom Ei zur Larve, dieser zur Puppe und jener wieder zum Schmetterling, als eine Folge von Reformen zu bezeichnen.“ (Wolf 1991: 7) Sozialismus als beständige Veränderung – das war die zentrale Botschaft, die von der Konferenz "Das neue ökonomische System der Planung und Leitung beim umfassenden Aufbau des Sozialismus unter den Bedingungen der technischen Revolution 1966“ ausging. (vgl. Kalweit et al. 1966)

Das damals von Herbert Wolf gehaltene Referat zur Planung liest sich gerade wegen dieses Grundansatzes heute wie ein aktueller Problemaufriss nachkapitalistischen Wirtschaftens und regt dazu an, die Tragfähigkeit der gegenwärtigen linken Planungsdebatten (vgl. z.B. Daum/Nuss 2021) zu überprüfen. Obwohl er sich auf die Frage der Planung konzentrierte, blieb der Bezugspunkt seiner Überlegungen immer das Ganze, der Systemzusammenhang ökonomischer Gesetze, die Ökonomie der Zeit, die Rolle der Interessen der Betriebskollektive und der Beschäftigten. In diesem Sinne sollte „die zentrale staatliche Planung und Leitung der grundlegenden Reproduktionszusammenhänge und der volkswirtschaftlichen Strukturentwicklung direkt mit der hiervon ausgehenden planmäßigen Selbstregulierung der Teilprozesse und Teilsysteme der Volkswirtschaft zusammenschließen“ und eine Einheit von „Stabilität und Beweglichkeit“ erreicht werden. (Wolf 1966: 732)

Dies kollidierte aber mit der Logik des gegebenen politischen Systems und den mit den „Teilsystemen“ verbundenen Interessen. Die Staatsorgane (und damit die der Partei) sollten plötzlich auch Verantwortung gegenüber den Betrieben übernehmen, sie nicht nur leiten. Uwe Jens Heuer formulierte die mit dieser Deutlichkeit nicht formulierte Konsequenz: Sinn des Rechts sei, dass die übergeordneten Organe gezwungen werden, bereits selbst bei der Vorbereitung von Entscheidungen deren ökonomischen Auswirkungen einzubeziehen. (Heuer 1966: 932) Das jedoch war eine Revolution, zumal auch die Vergütungen der Beschäftigten über die gesamte Leitungspyramide hinweg an die ökonomischen Ergebnisse gekoppelt werden sollten. Damit überforderte das Konzept das gerade zwanzig Jahre alte politische System, die Ausrichtung der SED-Parteiarbeit und das Selbstverständnis ihrer Organe. Vor allem in der Debatte zur Rolle des Wertgesetzes und der Preise

und Preistypen im Sozialismus (wie Preise zu bilden sind) spürt man, wie die Frage der Eingriffsmöglichkeit der Staatsorgane unentwegt präsent war. Schon hier kündigt sich das Ende dieses ‚progressiven inneren Entwicklungsprozesses‘ an. Zentrale Figuren der Trendwende waren im politischen Feld Erich Honecker und im ökonomischen Günter Mittag.

Aktualität der Kritik

Um die Widersprüchlichkeit nachkapitalistischen Wirtschaftens zu verstehen, muss man das Wechselspiel zwischen progressiven Ansätzen, wie es das NÖS war, und Gegentendenzen oder auch von alternativ zu beiden stehenden Projekten verstehen. Herbert Wolf setzte sich vor nun mehr als 30 Jahren in „Hatte die DDR je eine Chance?“ mit einer dieser Gegentendenzen, repräsentiert durch Günter Mittag, auseinander.

Günter Mittag (1926-1994) war von 1966 bis zum Herbst 1989 Mitglied des SED-Politbüros und ab 1976 ZK-Sekretär der SED für Wirtschaftsfragen. Mit seinem Buch von 1991² wollte dieser machtfixierte, intrigante Mann, der jegliches Denken und Engagement für gesellschaftliche Alternativen offen und verdeckt bekämpfte, die eigene Rolle im SED-Machtzentrum umschreiben und sich als Opfer der „machtversessenen Betonköpfe“ darstellen. Herbert Wolf teilte mit vielen Menschen die Empörung darüber. Dass die Streitschrift vor allem aber Engagement für historische Wahrheit und Verbundenheit mit der sozialistischen Idee ist, illustriert u. a. die abschließende Passage zum Ende der DDR: „Wenn der Kessel geplatzt ist, sind alle schuld, die um die akute Gefahr wissend nicht, nicht deutlich oder laut genug, jedenfalls nicht erfolgreich vor der Katastrophe gewarnt haben und auch sonst sie nicht zu verhüten vermochten. Eben einerseits sich nicht – wie leider so sehr viele – in der Pose des Opfers aus dem Leck geschlagenen Kahn davonstehlen zu wollen, andererseits aber sein ganzes Wissen und Können zur Aufdeckung dessen einzusetzen, was wirklich war – das ist die konkrete Form, in der für sich selbst der Autor den Weg sieht, einen Teil auch seiner so verstandenen historischen Schuld mit abzutragen.“ (ebd.: 56)

Kritik der Kritik

Damit fordert Wolf zugleich zum Denken in gesellschaftlichen Alternativen bzw. Szenarien gesellschaftlicher Entwicklung heraus. Er thematisiert besondere Ereignisse als historische Zäsuren, die dann ein Szenario konkrete gesellschaftliche Entwicklung werden lassen. So geht Wolf über die „Aufdeckung dessen ..., was wirklich war“ hinaus und orientiert die heutigen Anhänger*innen der sozialistischen Idee auf intervenierende Transformationsforschung.

² Mittag, Günter (1991/2015): Um jeden Preis: im Spannungsfeld zweier Systeme, Berlin.

Mit historischem Abstand verschwinden zwar auf der einen Seite Differenzierungen, die früher wichtig waren, aus dem Blick, auf der anderen Seite jedoch werden auch Tendenzen, die aus der Nähe schwer wahrzunehmen oder in ihrer Bedeutung unterschätzt wurden, deutlicher sichtbar. Dazu fünf Anmerkungen:

Erstens. Während sich Herbert Wolf mit dem Stalinismus intensiv auseinandersetzt, bleibt das nachhaltige Wirken deutscher Vorkriegs- und Kriegsgeschichte eher am Rande. Die kritische Beschäftigung mit der Geschichte der DDR und insbesondere mit dem 1963 begründeten NÖS stößt aber auf Grenzen, wenn von den Denk- und Verhaltensweisen abstrahiert wird, deren Entwicklung mit dem deutschen Faschismus verbunden waren bzw. sind. Die Akteure pro und contra NÖS oder die Abwartenden wurden nicht nach dem 8. Mai 1945 geboren und die ökonomischen Ausgangsbedingungen der DDR sind keine alleinige Folge sowjetischer Entwicklung und Politik. Wolf erklärt völlig zutreffend, dass die NÖS-Akteure von der Auffassung ausgingen, dass die „sozialistische Alternative zum überkommenen (durch zwei Weltkriege, Wirtschaftskrisen, Arbeitslosigkeit und Massenarmut diskreditierten Kapitalismus)“ eine „geschichtlich beispiellose gesellschaftliche Neugestaltung ..., die notwendig ein Vormarsch ins Neuland war“. Den meisten von ihnen sei um die 50er/60er Jahre schon klar geworden, „dass die von Stalin überkommene Struktur und Funktionsweise des politischen und ökonomischen Systems des damals in der Realität bekannten Sozialismus ... nicht dazu in der Lage war, den ‚historischen Wettstreit‘ mit dem Kapitalismus ... ernsthaft bestehen zu können. Dieses System konnte zwar den Krieg gegen den Hitlerfaschismus gewinnen. Das wurde nicht zuletzt deshalb möglich, weil das System vom Typ her ohnehin auf der Militarisierung des wirtschaftlichen und politischen Geschehens beruhte. Zweitens aber musste angesichts der brutalen Vernichtungsstrategie der anfangs siegreichen faschistischen Kriegsmaschine schon innerhalb weniger Wochen das Sowjetvolk jegliche inneren Widersprüche beiseiteschieben. Es musste im elementaren Interesse des nackten Überlebens zu einer solch festen moralischen Einheit zusammenrücken, die es überhaupt erst ermöglichte, dass die militarisierten Methoden dieser einheitlichen Leitung von Wirtschaft und Gesellschaft, Staat und Partei ... effektiv und am Ende erfolgreich funktionieren konnten. Diesen letzten Aspekt ... hat die stalinistisch geprägte Führungsspitze von Partei und Staat in der Sowjetunion niemals begriffen.“ (ebd.: 7–8) Tatsächlich blieb die Mentalität eines anhaltenden Ausnahmezustandes fester Bestandteil der politischen Kultur in der DDR. Das war aber nicht einfach nur ein Import aus der sowjetischen Planwirtschaft. Vordergründig aus der Sicht der 1980er Jahre, als in der DDR rechtsextremistische Strukturen verstärkt sichtbar wurden, aktuell angesichts der starken rechtsextremen Tendenzen in den ostdeutschen Bundesländern stellt sich die Frage, inwieweit Geschichtspolitik, die Selbstkritik und Kritik der deutschen Geschichte bzw. der eigenen, auch individuellen Geschichte die

Erneuerungsbestrebungen beeinflusste. Es war selbstverständlich allen klar, dass der „neue Mensch“ oder die „sozialistische Menschengemeinschaft“ erst einmal Ziele waren, nicht Realität. Welchen Stellenwert müssen also „subjektive Einstellungen“ auch in wirtschaftlichen Umbauprozessen haben?

Zweitens. Wolf schrieb seinen Text in einer Phase einer sehr kurzen, durch Gorbatschow eingeleiteten Lenin-Renaissance. Er stellt fest: „Die Vorgaben Lenins, was Sozialismus sein und leisten muss, waren damals durch die – wenn auch zunächst dogmatische – Verbreitung bereits in den Köpfen: Erstens, dass die Arbeitsproduktivität in letzter Instanz das Allerwichtigste, das Ausschlaggebende für den Sieg der neuen Gesellschaftsordnung ist, und zweitens, dass ‚nur der Sozialismus es ermöglichen kann, die gesellschaftliche Erzeugung und Verteilung der Güter nach wissenschaftlichen Erwägungen umfassend zu erweitern und richtig zu meistern, ausgehend davon, wie das Leben aller Werktätigen aufs Äußerste erleichtert, wie ihnen ein Leben in Wohlstand ermöglicht werden kann‘ – und vor allem, dass der Sozialismus das nicht nur verwirklichen kann, sondern auch verwirklichen muss‘!!! ... Recht hat er gehabt, der Lenin, eben beides hat dieser Sozialismus nicht geschafft, und deshalb hat er im Kampf der Systeme ... verloren.“ (ebd.: 9)

Aus der Sicht des Jahres 2022 muss diese Problematik erweitert werden – warum konnte Stalin auf Lenin folgen und was hat das vielleicht auch mit den ökonomischen Auffassungen Lenins zu tun? Die Arbeitsproduktivität ist nur dann das letztendlich Entscheidende, wenn die Unternehmen emanzipativ-solidarisch wirtschaften können und wollen. Die Erleichterung des Lebens der Werktätigen und ihr Wohlstand müssen nicht zwangsläufig auf ein selbstbestimmtes Leben in Würde, solidarischem Miteinander und Verantwortung im Umgang mit der Natur orientiert sein. Letztendlich bleibt das Kriterium für erfolgreiche Wirtschaftspolitik bei Wolf die Antwort auf die Frage, ob im DDR-Alltag die Menschen materiell befriedigt werden können. Das ist historisch verständlich, aber unzureichend.

Drittens. Zu den Stärken der Streitschrift gehören zweifellos die sachkundigen Darlegungen zu ökonomischen Zusammenhängen, denen entsprochen werden muss, soll Wirtschaftspolitik zunächst auf eine funktionsfähige und wissenschaftlich-technisch entwicklungsfähige Wirtschaft orientiert sein. Ökologische und globale Probleme werden aber bestenfalls am Rande erwähnt. Wolfs Kritik der Kombinatbildung, die nach Außen als Schaffung geschlossener, selbständig gestalteter und dementsprechend effektiver Reproduktionskreisläufe präsentiert, tatsächlich aber oft „ökonomisch künstliche Mammutgebilde“ und „primär ein Mittel der strafferen Zentralisierung“ (ebd.: 12–13) waren, verweist dabei auch auf zwei aktuelle Fragen:

1) Wie kann kollektives Handeln der Beschäftigten in den Unternehmen und Institutionen effektiv organisiert werden, um die sozialen und ökologischen Kosten im gesellschaftlichen Wirtschaftsleben

– mit der Produktion in ihrem Zentrum – zu minimieren und so auf die Ökonomie einzuwirken, dass einer sozialistischen Gesellschaft nähergekommen wird?

2) Wie könnten eine Vergesellschaftungs- und Produktionsweise und so auch ein neuer Typ von Industrie und Wirtschaft aussehen und demokratisch realisiert werden, um die Bedürfnisbefriedigung und Partizipation der Beschäftigten und Verbraucher*innen an wirtschaftlichen und wirtschaftspolitischen Entscheidungen zu maximieren, aber die Energie- und Stoffumsätze, die Verschmutzung der Luft, des Wassers und der Böden, die Beanspruchung der Ökosysteme zu minimieren? (vgl. Dellheim 2022)

Viertens. Für die Diskussion möglich gewesener Alternativen zum Scheitern der NÖS und des sozialistischen Versuches DDR liefert Wolf bedenkenswerte Überlegungen, die auf folgender Bestandsaufnahme beruhen: „ ... die DDR [war] erstens ein kleines Land, zweitens ein rohstoffarmes Land, drittens ein stark außenwirtschaftsabhängiges Land, viertens als BRD-Nachbar ... in einer deutlich schwächeren Position und fünftens überhaupt ein Land zwischen den Machtblöcken, was u. a. zur weitgehenden RGW-Einbindung ihrer Wirtschaft führte.“ (Wolf 1991: 16) Das Land verfügte durchaus über wirtschaftliche Stärke, Möglichkeiten internationaler Kooperation; die DDR hätte Interessenwidersprüche in der internationalen Arena – wie kapitalistische Konkurrenten der Bundesrepublik bzw. westdeutscher Unternehmen ausnutzen können, durchaus auch im sowjetischen Sicherheitsinteresse. (ebd.: 20) Wolfs Ausführungen zu den politischen Kräfteverhältnissen im Politbüro und ZK helfen zu verstehen, warum es in diesen Gremien nicht einmal den gemeinsamen politischen Willen zu einem ernsthaften Versuch gab, die Möglichkeiten einer erfolgreichen NÖS und damit einer zum sowjetischen Modell alternativen Entwicklung jenseits der kapitalistischen Produktionsweise zu erschließen. Hier stoßen wir auf ein Problem, das wiederum im politischen Raum angesiedelt ist. Das Parteiverständnis der SED ließ eine offene Diskussion und entsprechend auch die offene Organisation von Mehrheiten nicht zu. Zu den Reformbefürworter*innen gehörten neben Funktionär*innen und Wissenschaftler*innen ja insbesondere Werkdirektoren, die mit ihren Belegschaften eigenverantwortlich wirtschaften und wissenschaftlich-technischen Fortschritt realisieren wie forcieren wollten. Sie waren mit widersprüchlichen und vielfach wenig einsichtigen staatlichen Vorgaben und Entscheidungen konfrontiert, die sie den Betriebskollektiven weitergeben sollten. Die Frage, wie eine veränderungsfähige und trotzdem resiliente Partei, die den Forderungen einer durch „Stabilität und Beweglichkeit“ gekennzeichneten Wirtschaft entsprechen würde, aussehen könnte, ist bis heute offen. Klar ist nur, dass die Suche danach nicht erst beginnen darf, wenn Regierungsposten zu vergeben sind. Ohne demokratische Veränderungen dieser Praxis hatte die NÖS keine Chance und so formuliert Wolf die hochwichtige Aussage: „Neben ... inneren Schwierigkeiten des damaligen

Reformprozesses war das Hauptproblem der 60er Jahre in der DDR, dass die Reform des ökonomischen Systems nicht Hand in Hand mit der Reform des politischen Systems angepackt werden konnte.“ (ebd.: 28)

Fünftens. Für die Entwicklung der DDR und das Denken in Szenarien sind selbstverständlich die internationalen Beziehungen von hoher Relevanz. Herbert Wolf betont die Bedeutung der Weichenstellung, die mit dem Scheitern der von der Sowjetunion betriebenen Politik eines entmilitarisierten, neutralen und einigen Deutschland zusammenhing. (ebd.: 15) Trotz der damit gegebenen vielfältigen ökonomischen Probleme wie der relativen Schwäche gegenüber der BRD oder der durch die Spaltung deformierten Wirtschaftsstruktur, lag eine „spezifische (potenzielle) Stärke der DDR“ in der Nutzung der Außenwirtschaft, darunter natürlich besonders des RGW für ihre „Selbstbehauptung“. (ebd.: 18) In seiner Kritik an Mittag zeichnet Wolf im Unterschied zu den Diskussionen 1966 ein breites Bild an Möglichkeiten, der Nutzung von außenwirtschaftlichen Beziehungen für den Aufbau eines modernen Sozialismus. Das verweist auf weitere „Reformvorstellungen“, die auf die Marxsche Analyse von Trans- und Internationalisierung der Vergesellschaftungsprozesse zurückgehen, wie etwa die von Gunther Kohlmey. Dieser kritisierte schon in den 1950ern, dass manches DDR-Lehrmaterial „das ganze Problem der internationalen Arbeitsteilung und des Außenhandels, ohne die unsere sozialistische Industrie in der DDR überhaupt nicht funktionsfähig wäre, völlig unbeachtet“ lasse. (vgl. Kohlmey 1958: 47) Beide kannten analoge Diskussionen in anderen RGW-Ländern und dachten DDR-Zukunft verbunden mit dem RGW. Ihr Herangehen wäre vielleicht ein Schlüssel gewesen, um die zum VII. Parteitag der SED formulierte Forderung nach gesellschaftsstrategischen Weichenstellungen in „Fragen der prinzipiellen Gestaltung eines sowohl leistungskräftigen als auch attraktiven Sozialismus“ (Wolf 1991: 33) näher zu kommen. Dafür hätten allerdings Kohlmey und Wolf mit den sozialistischen Dissidenten in DDR kooperieren müssen. Dieses Defizit erklärt, warum globale Probleme und mit ihnen verbundene Produktionsstrukturen marginalisiert und die sozialistischen Reformkräfte schwach blieben. Diese Schwäche hat sich in Deutschland weiter verfestigt. Es zeigt sich so, dass die Überlegungen zum NÖS auch heute noch auf offene Fragen verweisen.

Daum, Timo/Nuss, Sabine (Hrsg.) (2021): Die unsichtbare Hand des Plans: Koordination und Kalkül im digitalen Kapitalismus, Berlin.

Dellheim, Judith (2022): Was kann heute Beschäftigung mit DDR-Wirtschaftswissenschaft und Wirtschaftspolitik der 1960er Jahre bringen? Einige Reflektionen. (unveröffentlichtes Manuskript)

Heuer, Uwe Jens (1966): Zum Verhältnis von Ökonomie, Recht und Administration, in: *Wirtschaftswissenschaft*, Vol. 14(6), 929–933.

- Kalweit, Werner/Wolf, Herbert/Friedrich, Gerd* (1966): Thesen zur Konferenz "Das neue ökonomische System der Planung und Leitung beim umfassenden Aufbau des Sozialismus unter den Bedingungen der technischen Revolution, in: *Wirtschaftswissenschaft*, Vol. 14(2), 177–198.
- Kohlmei, Gunther* (1958): Entwicklungsprobleme des sozialistischen Weltwirtschaftssystems: ein Diskussionsbeitrag, Berlin.
- Lieberam, Ekkehard/Poppe, Lothar/Wötzel, Roland* (Hrsg.) (2015): Ulbrichts Reformen: das Neue Ökonomische System - eine verpasste Chance der DDR? Beiträge von einer Konferenz im November 2013 und relevante Dokumente zum Thema, Berlin.
- Wolf, Herbert* (1991): Hatte die DDR je eine Chance? Der ehemalige Wirtschaftsminister Günther Mittag „enthüllt“ die ökonomischen Probleme der Vergangenheit, Hamburg.
- Wolf, Herbert* (1966): Probleme der Entwicklungslinien der wissenschaftlichen Planung beim umfassenden Aufbau des Sozialismus in der DDR, in: *Wirtschaftswissenschaft*, Vol. 14(5), 729–753.

Autor*innen

Judith Dellheim, freischaffende Wirtschaftswissenschaftlerin und Fellow am Institut für
Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung
Lutz Brangsch, wissenschaftlicher Referent am Institut für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-
Stiftung